



Vorstand

c/o AStA
Studierendenhaus
Belfortstr. 24
79085 Freiburg

Tel.: (0761) 203 2033

Fax: (0761) 203 2034

vorstand@u-asta.de
www.u-asta.de

u-asta · c/o AStA · Belfortstr. 24 · 79085 Freiburg

An die Presse

Bankverbindung:
Kasse der Studierenden e.V.
BLZ: 680 501 01
Konto-Nr.: 21 43 831

Freiburg, den 08.06.2007

Statistisch belegt: Studiengebühren schrecken ab. Darlehen-Konzept gescheitert.

Am 11. Mai hat die Universität Freiburg ihre Studierendenstatistik abgeschlossen und die Ergebnisse inzwischen veröffentlicht. Die Studierendenzahlen sind demnach zum ersten gebührenpflichtigen Semester um 1144 Personen eingebrochen. In den letzten Jahren war die Zahl wachsend bis konstant gewesen. Bei steigenden Zinsen wurden lediglich 350 staatliche Studiengebühren-Darlehen in Anspruch genommen:

Damit hat sich eine weiter Befürchtung der Studierenden bewahrheitet: Studiengebühren üben einen enormen Abschreckungseffekt aus. Lediglich 19.696 Personen haben sich zum Sommersemester eingeschrieben, vor einem Jahr waren es noch 20.840. Die Universität Freiburg hat auf einen Schlag über 1.000 ihrer insgesamt ca. 20.000 Studierenden verloren – ein Rückgang um 5,5 %.

„Studiengebühren sind schädlich für das Bildungssystem. Es liegt auf der Hand, dass in erster Linie die an Hochschulen ohnehin schon unterrepräsentierten Personen aus finanziell schlechter gestellten Haushalten abgeschreckt werden“, kommentiert Hermann J. Schmech, Vorstand des unabhängigen allgemeinen studierendenausschusses (u-asta) die aktuellen Zahlen.

„Wir brauchen mehr und nicht weniger Studierende und dafür muss die Gesellschaft eben auch Geld in die Hand nehmen. Investitionen in das Bildungssystem sind eine nachhaltige Investition in die Zukunft. Studierende ohne echtes Einkommen hingegen als Finanzquelle anzuzapfen ist nicht nur ungerecht, sondern – wie nun mit den Zahlen bestätigt wurde – für dieses unbestrittene politische Ziel auch völlig kontraproduktiv“, führt Benjamin Greschbach, ebenfalls Vorstand des u-asta weiter aus.

Der Rektor der Universität Freiburg, Prof. Dr. Wolfgang Jäger, ließ im Januar noch auf der Universitäts-Internetseite verkünden: „Studiengebühren sind nicht ungerecht und schrecken nicht vom Studium ab“. Weiter wurde ausgeführt, dass man u. a. auf sozial verträglichen Darlehensbedingungen bestanden habe.

Die verschwindend geringe Zahl von lediglich 350 aufgenommenen Darlehen zeigt aber, dass dieses Konzept vollständig gescheitert ist. Dass der Zinssatz des „zinsgünstigen“ Darlehens von ursprünglich angekündigten 5,9 % p.a. inzwischen auf 7,02 % gestiegen ist, hat seinen Teil dazu beigetragen. Das baden-württembergische Gebührengesetz ist mit seinen völlig unzureichenden Befreiungstatbeständen, einer Schulden-Deckelung erst bei 15.000 Euro und Zinsen, die sogar noch darüber hinaus laufen können, auch im bundesweiten Vergleich eines der härtesten. Alleine die Aussicht, dass man durch die Aufnahme eines Darlehens im schlechtesten Fall mehr als den doppelten Betrag zurückzahlen muss, wird dafür gesorgt haben, dass die eine oder der andere bei Finanznot die Universität eher verlässt als ein Darlehen in Anspruch zu nehmen.

Trotzdem behauptet auch die Landesregierung noch in der mit Stand von Mitte Mai aktuellen Ausgabe ihres Faltblattes „500 Euro für ein besseres Studium“: „Wer die Studiengebühren nicht selbst aufbringen kann, hat Anspruch auf ein zinsgünstiges Darlehen. [...] Niemand wird aus finanziellen Gründen davon abgehalten, ein Studium zu beginnen.“

Nachdem Studiengebühren an der Universität Freiburg schon ohne Mitsprache der Studierenden und gegen ihren ausdrücklichen Willen verteilt werden, ein Großteil der Gelder zweckentfremdet wird und nicht der Verbesserung von Studium und Lehre dient (siehe PM des Zwölferrates vom 20.04.2007), sind Studiengebühren nach der Bekanntgabe dieser Zahlen nun endgültig politisch nicht mehr haltbar. Alle wesentlichen Aussagen, mit der die Einführung des gebührenpflichtigen Studiums legitimiert wurde, haben sich als falsch herausgestellt. Die Studierendenvertretung der Universität Freiburg fordert die Landesregierung daher auf, das Scheitern des Bezahlstudiums einzusehen und unverzüglich die Konsequenzen daraus zu ziehen:

„Studiengebühren müssen umgehend wieder abgeschafft werden, ein diskriminierungsfreier Hochschulzugang muss unabhängig vom persönlichen finanziellen Hintergrund gewährleistet bleiben“, so Greschbach abschließend.

Für Rückfragen stehen Ihnen

Benjamin Greschbach und Hermann J. Schmeih
Tel 0761 203-2033
Mobil 0163 7353103, 0170 7743068
vorstand@u-asta.uni-freiburg.de

gerne zur Verfügung.